

Redaktion: Peter Wahl (Hg.), Wolfgang Fritz Haug (Hg.), Jan Loheit (Koordinator), Hauke Neddermann (Koordinator), Frigga Haug, Peter Jehle, Ingo Pohn-Lauggas, Jan Rehmann, Hansjörg Tuguntke, Thomas Weber, Christian Wille

Verlagsmitteilungen	1
Antje Vollmer <i>Die Vorgeschichte des Ukraine-Krieges von Gorbatschow her erzählen. Politisches Vermächtnis</i>	2
Nathalie Weidenfeld <i>Sesselgeneräle, in Hitze</i>	9
Christoph Türcke <i>Gewinnen?</i>	12

Ukraine-Krieg – Weltordnungskrieg Fronten, Folgen, Formen – Eine Zwischenbilanz

Peter Wahl <i>Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg!</i> Editorial	13
---	----

Fronten

Susan Watkins <i>Fünf Kriege in einem. Der Kampf um die Ukraine</i>	22
Anuradha Chenoy <i>Der neue kalte Krieg und der globale Süden</i>	36
John P. Neelsen <i>Zeitenwende. Ende westlicher Hegemonie – Niedergang mit Schrecken</i>	50
Klaus Dörre <i>Nach der Zeitenwende. Der Krieg gegen die Ukraine und der Kampf um eine neue Weltordnung</i>	87

Politisch-ökonomische Folgen

Vladimiro Giacché <i>Notizen zu einer Analyse der ökonomischen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs</i>	113
---	-----

Fortsetzung auf S. II

Koordination: Tong Mao
argument@inkrit.org · Tel. 030 98 5409 78
Chausseestraße 37 C1 · 10115 Berlin
Argument Verlag · verlag@argument.de
Glashüttenstr. 28 · D-20357 Hamburg
Tel. 040 401800-0 · Fax -20
Einzelbestellung & Abonnement
abo@argument.de
bestellservice@geminal.de

Buchhandelsauslieferungen:
Deutschland und Österreich
Prolit · n.kallweit@prolit.de
Tel. 06 41 943-93 24 · Fax -93 89
Schweiz
AVA · verlagsservice@ava.ch
Tel. +41 (0)44 762-42 50 · Fax -42 10

Wolfgang Streeck <i>Böses Erwachen: Deutschland nach dem Krieg</i>	123
---	-----

Ökologische Folgen

Jason W. Moore <i>Imperialistische Kriege in der Endphase der billigen Natur</i>	139
---	-----

John Bellamy Foster <i>Nuklearkrieg und Ökokrise als doppelter Exterminismus</i>	162
---	-----

Formen

Alexej Gromyko <i>Kubakrise 2.0? Zur nuklearen Dimension in Stellvertreterkriegen</i>	174
--	-----

Norman Paech <i>Verdeckte Kriege im Schatten des Völkerrechts</i>	182
--	-----

Erhard Crome <i>Dialektiken im internationalen System. Anmerkungen zum Imperialismusproblem</i>	193
--	-----

Johannes Klotz <i>„Zeitenwende“ – Neue Militarisierungskonzepte und globale Machtansprüche</i> .	206
---	-----

»Der Vorhang zu und alle Fragen offen« (Brecht)?

Wolfram Adolphi <i>DIE LINKE und der Frieden. Wo bleibt das »Krieg dem Kriege«?</i>	213
--	-----

Wolfgang Fritz Haug <i>Das Blut der anderen – ein Jahr später. Versuch einer Antwort auf Lulas Frage, wie es dazu kam</i>	228
--	-----

* * *

Wolfram Adolphi <i>Zeit für radikalere Ansätze. Zum Sammelband »Die DDR in der gesamtdeutschen Geschichte. Vertane Chancen – Sackgasse – Nachwirkungen«</i> ...	251
--	-----

Jan Rehmann <i>Paul Masons »liberale« Drehung des Antifaschismus</i>	257
---	-----

Personenangaben; Zeitschriftenschau	307
---	-----

Online-Supplement*

Editorial	1*
-----------------	----

Zusammenfassungen / Abstracts des Gesamtheftes 340	10*
--	-----

* www.inkrit.org >> Das Argument >> Aktuelle Ausgaben

Besprechungen

Philosophie

Steffens, Andreas, <i>Das Verhängnis Identität oder Der Zwang, etwas zu sein</i> (Gerhard Bauer)	266
Dannemann, Rüdiger (Hg.), <i>Lukács 2019/20. Jahrbuch der internationalen Lukács-Gesellschaft</i> (Ulrich Brieler)	267
Füssel, Kuno, u. Michael Ramminger (Hg.), <i>Kapitalismus: Kult einer tödlichen Verschuldung. Walter Benjamins prophetisches Erbe</i> (Andreas Arndt)	269
Reckwitz, Andreas, u. Hartmut Rosa, <i>Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie?</i> (Tillmann Heide)	272

Sprache und Literatur

Seghers, Anna, <i>Die Gefährten. Werkausgabe, Bd. I/1.2</i> (Robert Cohen)	274
Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), <i>Die Vernunft der Poesie. Heinrich Böll und der Literatur-Nobelpreis 1972</i> (Peter Jehle)	277

Pädagogik

Fangerau, Heiner, u. a. (Hg.), <i>Leid und Unrecht. Kinder und Jugendliche in der Behindertenhilfe und Psychiatrie der BRD und DDR 1949 bis 1990</i> (Felix Bardorf)	278
Bittner, Martin, u. Anke Wischmann (Hg.), <i>Kritik und Post-Kritik. Zur deutschsprachigen Rezeption des »Manifests für eine Post-Kritische Pädagogik«</i> (Simon Kunert)	280

Soziale Bewegungen und Politik

Ambos, Kai, <i>Doppelmoral. Der Westen und die Ukraine</i> (Norman Paech) ..	283
Guérot, Ulrike, u. Hauke Ritz, <i>Endspiel Europa. Warum das politische Projekt Europa gescheitert ist – und wie wir wieder davon träumen können</i> (Peter Wahl)	286
Adler, Sabine, <i>Die Ukraine und wir. Deutschlands Versagen und die Lehren für die Zukunft</i> (Johannes Klotz)	206
Heinemann-Grüder, Andreas, Claudia Crawford u. Tim B. Peters, <i>Lehren aus dem Ukraine Konflikt. Krisen vorbeugen, Gewalt verhindern</i> (Johannes Klotz) .	206
Masala, Carlo, <i>Weltunordnung. Die globalen Krisen und die Illusionen des Westens</i> (Johannes Klotz)	206

Schwarzer, Daniela, <i>Final Call: Wie Europa sich zwischen China und den USA behaupten kann</i> (Johannes Klotz)	206
Stöhr, Florian, <i>Die sicherheitspolitische Community in Deutschland. Eine Untersuchung ihrer Hintergründe, Funktionen und Vernetzung</i> (Johannes Klotz)	206
Wagner, Jürgen, <i>Im Rüstungswahn. Deutschlands Zeitenwende zu Aufrüstung und Militarisierung</i> (Johannes Klotz)	206
Bollinger, Stefan, <i>Die DDR in der gesamtdeutschen Geschichte. Vertane Chance – Sackgasse – Nachwirkungen</i> (Wolfram Adolphi)	251
Müller, Michael, Peter Brandt u. Reiner Braun (Hg.), <i>Selbstvernichtung oder Gemeinsame Sicherheit – Unser Jahrzehnt der Extreme: Ukraine-Krieg und Klimakrise</i> (Sebastian Neumann)	288
Dohnanyi, Klaus v., <i>Nationale Interessen. Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche</i> (Gerhard Mette)	290
Goldberg, Jörg, <i>Ein neuer Kapitalismus? Grundlagen historischer Kapitalismusanalyse</i> (Heiner Poelitz)	292
Mason, Paul, <i>Faschismus. Und wie man ihn bekämpft</i> (Jan Rehmann)	257
Stöss, Richard, <i>SPD am Wendepunkt. Neustart oder Niedergang</i> (Sebastian Neumann)	294

Ökonomie

Ziegler, Alexander, <i>Der Aufstieg des Internet der Dinge. Wie sich Industrieunternehmen zu Tech-Unternehmen entwickeln</i> (Karl-Eugen Kurrer)	297
--	-----

Geschichte

Marx, Karl, Friedrich Engels u. Maurice Lachâtre, <i>Traduire Le Capital: une correspondance inédite entre Karl Marx, Friedrich Engels et l'éditeur Maurice Lachâtre</i> (Alessandro Cardinale)	300
Stößinger, Edwin, <i>Dorothee Sölle – eine intellektuelle Biografie</i> (Tobias Foß)	302
Aly, Götz, <i>Das Prachtboot. Wie Deutsche die Kunstschatze der Südsee raubten</i> (Felix Werfel)	304

Alexej Gromyko

Kuba-Krise 2.0 ?

Zur nuklearen Dimension in Stellvertreterkriegen

Die Ukraine-Krise hat Formen angenommen, die ein klassisches Beispiel für einen Stellvertreterkrieg (proxy war) sind. Da mehrere Atommächte in die Krise verwickelt sind, ist die nukleare Dimension ein zentrales Element dieser Krise.

Es gibt keine allgemein anerkannte Definition für Stellvertreterkrieg. Es ist sogar schwierig, diesen Begriff ins Russische zu übersetzen. Aus meiner Sicht ist ein Stellvertreterkrieg eine Konfrontation zwischen zwei oder mehreren Atommächten in einem regionalen Konflikt, an dem deren Militär direkt oder indirekt, offen oder verdeckt beteiligt ist. Allerdings ohne die Absicht, sich unter eigener Flagge in eine bilaterale militärische Auseinandersetzung einzulassen. So waren beispielsweise im Korea- oder Vietnamkrieg US-Truppen direkt und offen beteiligt, das sowjetische Militär aber verdeckt. Am gegenwärtigen militärischen Konflikt in der Ukraine sind die russischen Truppen direkt und offen, das Militär einer Reihe westlicher Atommächte indirekt beteiligt (d.h. sie haben vor Ort keine Truppen unter eigener Fahne).

Dieser Typus von Konflikten spielt sich unter Bedingungen offener Feindseligkeiten und militärischer Aktionen auf dem Territorium eines nicht-nuklearen Staates ab und geht, wenn es zu einer Eskalation kommt, mit hoher Wahrscheinlichkeit in eine bilaterale militärische Auseinandersetzung über.

Stellvertreterkriege zwischen Nuklearmächten – kein neues Phänomen

Das Phänomen des Stellvertreterkriegs ist 1945 entstanden, als zum ersten Mal in der Geschichte Atomwaffen getestet und dann in einem Krieg eingesetzt wurden (Atombombeneinsatz in Hiroshima und Nagasaki). In dieser Art von Krieg kann die nukleare Dimension verschiedene Ausmaße annehmen: von eher marginaler Bedeutung bis in die Nähe zum nuklearen Abgrund.

Die typischsten Beispiele für Stellvertreterkonflikte sind: der Koreakrieg (1950–1953), die Berlin-Krise 1961, die Kuba-Krise (1962), der Vietnamkrieg (in seiner Phase ab 1965), die Suez-Krise (1956), die arabisch-israelischen Konflikte von 1967 (Sechstagekrieg) und 1973 (Jom-Kippur-Krieg), der Afghanistankrieg (1979–1989), die Syrien-Krise (ab 2015, als Russland militärisch in Syrien eingriff) und die Ukraine-Krise (seit 2014). Ich würde dieser Liste die letzte Phase des Krieges gegen Japan im August 1945 hinzufügen, als die Sowjetunion in den Krieg eintrat und die Vereinigten Staaten beschlossen hatten, Atombomben gegen Japan einzusetzen. Die USA taten dies nicht nur, um Tokio zu besiegen, sondern auch, um ein Signal an Moskau zu senden, das auf die Nachkriegsordnung gemünzt war.

In vielen Fällen waren Atommächte in verschiedene Arten von Bürgerkriegen in Drittländern oder in innerstaatliche Auseinandersetzungen verwickelt und unterstützten die eine Seite des Konflikts (Korea, Vietnam, Afghanistan, Syrien). Der Konflikt in der Ukraine begann ebenfalls mit innenpolitischen und zivilen Unruhen im Dezember 2013, die im Februar 2014 in einem Staatsstreich gipfelten. Die Truppen, die Kiew im April 2014 und dann im Januar 2015 in den Donbass schickte, hatten nicht den Auftrag, einen Krieg mit einem anderen Land zu führen, sondern die Kräfte im Donbass zu zerschlagen, die die neue Regierung in Kiew nicht anerkannten.

Zur Typologie von Stellvertreterkriegen

In der Regel wurden Stellvertreterkriege an der Peripherie der Kerninteressen von Atommächten geführt. In einigen Fällen wurde jedoch das Gebiet eines Drittlandes genutzt, um einen strategischen Vorteil gegenüber dem Gegner zu erlangen. Die offensichtlichsten Beispiele hierfür sind die Kuba-Krise, in der die UdSSR versuchte, die strategische Asymmetrie mit den USA zu verkürzen, sowie die Ukraine-Krise, in der die USA versuchen, an ihren Positionsgewinne im strategischen Wettbewerb mit Russland festzuhalten, die sie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion durch die Erweiterung der NATO erzielt hatten. Gleichzeitig gibt es deutliche Unterschiede, da beispielsweise auf Kuba Atomwaffen stationiert waren, während das ukrainische Territorium bis heute frei davon ist. Das entscheidende Problem ist jedoch, dass die Ukraine-Krise die schleichende Tendenz hat, in Richtung Kuba-Krise 2.0 zu driften.

In der Geschichte der Stellvertreterkriege gab es viele andere lokale, von den Interessen der Atommächte beeinflusste Konflikte, die sich vor allem in Afrika und Lateinamerika abspielten, meist in der Zeit des Kalten Krieges. Im Vergleich zu den oben aufgeführten Konflikten geringerer Intensität hatten sie wenig Auswirkungen auf das internationale Geschehen. Die nukleare Dimension war dort nicht nachweisbar. In einigen Fällen spielte das Thema Massenvernichtungswaffen eine Rolle. Im Zuge der Syrienkrise zum Beispiel kam das Thema Chemiewaffen auf die Tagesordnung. Hier haben wir ein seltenes Beispiel dafür, dass konkurrierende Atommächte – Russland und die USA – an einem Strang zogen und 2013–2014 gemeinsam die Vernichtung der chemischen Waffen Syriens durchsetzten. Das einzige andere Beispiel, bei dem Moskau und Washington in einem regionalen Konflikt mit Merkmalen eines Stellvertreterkriegs auf der gleichen Seite standen, war wohl die Suez-Krise 1956, als beide Seiten aus jeweils eigenen Gründen Frankreich und das Vereinigte Königreich zwangen, ihr Militär aus dem Sinai abzuziehen.

Viele regionale und lokale Konflikte waren keine Stellvertreterkriege, weil sie nicht Schauplatz einer direkten oder indirekten, offenen oder verdeckten militärischen Rivalität zwischen Atommächten waren. Zu diesen Konflikten gehören der Iran-Irak-Krieg (1980–1988), der Golfkrieg (1990–1991), die Jugoslawienkriege, die Invasion des Irak im Jahr 2003 oder der Afghanistan-Krieg (2001–2022). In einigen dieser Kriege unterstützten die Atommächte sogar die gleiche Seite des Konflikts (die UdSSR, die USA und Frankreich unterstützten den Irak gegen den

Iran), oder eine der rivalisierenden Atommächte hatte nicht die Absicht, einen regionalen Konflikt zu einem Stellvertreterkrieg zu machen. So versuchte Moskau beispielsweise, den Golfkrieg zu verhindern, aber als die von den USA angeführte Koalition den Irak angriff, unterstützte Moskau die entsprechende Resolution im UN-Sicherheitsrat.

Russland unterstützte auch die USA politisch, als diese 2001 Afghanistan angriffen. Moskau war über die Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO im Jahr 1999 empört, trug aber zur Beilegung des Konflikts bei – wenn auch vorwiegend zu westlichen Konditionen. Es gab damals die bekannte Episode des »Sturms auf Pristina« mit der Auseinandersetzung zwischen russischen und NATO-Truppen auf dem Flughafen von Pristina am 12. Juni 1999. Aber das blieb eine Episode ohne weitere Konsequenzen.

Der Unterschied zwischen dieser Art von Konflikten und Stellvertreterkriegen bedeutet nicht, dass sie von der nuklearen Dimension völlig isoliert wären. Während des Golfkriegs beispielsweise sah eines der vom US-Militär entwickelten Szenarien den Einsatz taktischer Atomwaffen vor. Auch 1982, während des Falklandkriegs zwischen dem Vereinigten Königreich und Argentinien, hatten britische Kriegsschiffe Atombomben für den Einsatz auf hoher See an Bord. Was die geografische Lage angeht, auf denen Stellvertreterkriege geführt werden, so bestehen hier wichtige Unterschiede. In den meisten Fällen beschränken sie sich auf die »Peripherie«, d.h. Drittländer, die sich in großer Entfernung von den Atommächten oder weit entfernt von deren strategischen Zentren befinden. Sie gefährden nicht die strategischen Interessen der Atommächte. Aber in einigen Fällen wurde die geografische Lage eines Stellvertreterkriegs sehr wohl als strategisch verstanden. Bisher gab es zwei eindeutige Beispiele dafür – die Kuba-Krise und der aktuelle Ukraine-Konflikt. Wie bereits erwähnt, befinden sich derzeit keine Massenvernichtungswaffen auf ukrainischem Gebiet. In der Nähe befinden sich jedoch mehrere europäische Atomwaffenstaaten (Russland, Frankreich, das Vereinigte Königreich) und taktische US-Atomwaffen (200 Atombomben), die in fünf Ländern stationiert sind (Belgien, Niederlande, Deutschland, Italien und die Türkei).

Wie alle Stellvertreterkriege weist auch der ukrainische Konflikt besondere Merkmale auf, von denen eines darin besteht, dass die militärische Auseinandersetzung nicht nur auf dem Territorium eines Drittlandes (der Ukraine), sondern auch auf dem Territorium einer Atommacht (den in Russland integrierten ehemaligen Gebieten der Ukraine) stattfinden: den Donezker und Lugansker Republiken, Saporoschje und dem Gebiet Cherson. Das wäre einzigartig, gäbe es nicht einige Beispiele aus der Vergangenheit, die durchaus eine gewisse Ähnlichkeit damit aufweisen. So pachteten die USA 1903 von Kuba ein Gebiet in der Nähe der Stadt Guantanamo und unterhalten dort seither einen Militärstützpunkt. Nach der Revolution von 1959 forderte Kuba das Gebiet zurück, was Washington jedoch ablehnte. De facto betrachtet es dieses Gebiet als sein Hoheitsgebiet. Während der Kuba-Krise wurde der Stützpunkt von den kubanischen Streitkräften blockiert und war ein ernsthafter Spannungsfaktor.

Ein weiteres Beispiel sind die militärischen Auseinandersetzungen an der Grenze zwischen Indien und Pakistan 2019 vor dem Hintergrund des Territorialkonflikts um Kaschmir. Natürlich handelte es sich dabei nicht um einen klassischen Stellvertreterkrieg, sondern um eine direkte Konfrontation zwischen den beiden Atommächten über ein umstrittenes Gebiet, das kein eigenständiger Staat ist. Ein ähnlicher Typus von bilateralen Konflikten wird an mehreren Grenzkonflikten zwischen Indien und China deutlich, von denen der letzte sich 2020 ereignete. Beide Staaten sind seit 1997 Atommächte.

Im Lichte der Kuba- und Ukraine-Krise ist es wichtig festzuhalten, dass in diesen Stellvertreterkriegen die Wahrscheinlichkeit eines Kernwaffeneinsatzes außerhalb des Territoriums des unmittelbar lokalen Konflikts höher war (ist). Während der Kuba-Krise hätte ein möglicher Schlagabtausch mit Atomwaffen nicht in Kuba und der Karibik, sondern in Europa oder im Fernen Osten stattfinden können. Wenn man von der Möglichkeit eines hypothetischen Atomwaffeneinsatzes infolge des Ukraine Konflikts ausgeht, dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass dies nicht auf dem Territorium der Ukraine geschehen würde. Der Grund dafür ist, dass in diesen beiden Fällen der nuklearen Dimension die Funktion zukam, andere Atommächte von einer direkten und offenen Verwicklung in die militärische Auseinandersetzung abzuschrecken, nicht aber, um Vorteile auf dem Schlachtfeld zu erlangen. In einigen anderen Stellvertreterkriegen, wie in Korea, Vietnam oder am Persischen Golf, wurde jedoch der Einsatz von Atomwaffen auf dem Schlachtfeld in Erwägung gezogen, um einen nicht atomar bewaffneten Staat zu besiegen.

Stellvertreterkriege unterscheiden sich in den Zielen der beteiligten Atommächte. Es ist wichtig, noch einmal zu betonen, dass die meisten Stellvertreterkriege als taktische Schachzüge gegen Rivalen im Rahmen einer allgemeineren geopolitischen Rivalität geführt wurden. Einige von ihnen, darunter die Kuba- und die Ukraine-Krise, zielten jedoch darauf ab, die Kerninteressen der anderen Seite zu treffen.

Kompromisslösungen in Stellvertreterkriegen

Es gibt verschiedene Varianten von Kompromiss und Interessensausgleich in Stellvertreterkriegen. In den meisten Fällen versuchten die beteiligten Atommächte, einen Konflikt beizulegen und in verschiedenen Konfliktstadien Kompromisse zu schließen. Im ersten Jahr des Koreakrieges setzten sich Vertreter des Vereinigten Königreichs, höchstwahrscheinlich auf Ersuchen der USA, mit Andrej Gromyko, dem damaligen ersten stellvertretenden Außenminister der UdSSR, in Verbindung, um herauszufinden, unter welchen Bedingungen Moskau bereit wäre, zur Beendigung des Konflikts beizutragen. In den letzten Jahren des Vietnamkriegs unterstützte die UdSSR die USA vertraulich bei der Erzielung eines Friedensschlusses mit den vietnamesischen Kommunisten. Parallel dazu arbeiteten Moskau und Washington an der Entspannungspolitik in Europa und an gemeinsamen Ansätzen zur Rüstungskontrolle.

Die Kuba-Krise führte zu einem legendären Interessenausgleich, der beiden Seiten ermöglichte, die gefährliche Pattsituation zu beenden. In der Suez-Krise bemühten sich Washington und Moskau aus einer Position der relativen Nicht-Betroffenheit darum, leichtsinnige Aktionen Frankreichs und des Vereinigten Königreichs im Nahen Osten zu vereiteln. Zum Zeitpunkt, zu dem dieser Artikel verfasst wurde, gab es jedoch noch keine Anzeichen dafür, dass die USA an einer Suche nach Kompromissen mit Russland im Stellvertreterkrieg in der Ukraine interessiert wären.

Kommunikation über die nukleare Dimension

In den regionalen Konflikten, die zugleich Stellvertreterkriege waren, sollten wir eine klare Differenzierung zwischen zwei Arten von »nuklearer Kommunikation« vornehmen: *nukleare Signale* und *nukleare Drohungen*. Nukleare Drohungen gab es nur einmal: im Verlauf der Kubakrise, als die USA und die UdSSR (bzw. die Militärs vor Ort) kurz vor der Entscheidung standen, Atomwaffen nicht zur Abschreckung, sondern in einem Erstschlag gegeneinander einzusetzen. In den kritischen Tagen des Oktober 1962 erhöhte das Pentagon zum ersten und letzten Mal in der Geschichte (außer bei einigen strategischen Übungen) die DEFCON-Stufe auf 2.¹

In allen anderen Stellvertreterkriegen wurden routinemäßig nukleare Signale unterschiedlicher Intensität eingesetzt, auch im aktuellen Ukraine-Konflikt. Bekannte Beispiele sind die Signale des Westens während der Berlin-Krise 1961, der UdSSR während der Suez-Krise und Russlands während der aktuellen Ukraine-Krise. Im Wesentlichen werden solche Signale von einer Atommacht eingesetzt, um die anderen an die Glaubwürdigkeit ihrer Abschreckung zu erinnern, während die nukleare Drohung dazu dient, die Bereitschaft zum Einsatz von Atomwaffen auf einem Schlachtfeld zu demonstrieren.

Der Sinn der nuklearen Drohung ist, dass sie theoretisch nur in einem Szenario eines begrenzten Atomkriegs anwendbar ist. Es ist weder politisch noch militärisch sinnvoll, anderen Atommächte mit dem Erstschlag zu drohen, da dies der Doktrin der *garantierten gegenseitigen Vernichtung*² zuwiderläuft, die bisher von allen offiziellen Nuklearmächten im UN-Sicherheitsrat und auch fast allen anderen Atommächten anerkannt wird. Sie ist in der sog. Reagan-Gorbatschow-Formel verankert: »Ein Atomkrieg kann nicht gewonnen werden und darf niemals geführt werden«. Die Formel wurde von den Präsidenten Putin und Biden im Juni 2021 in Genf und von den fünf Sicherheitsratsmitgliedern im Januar 2022 bekräftigt.

1 DEFCON = Defense readiness condition. Nukleares Alarmstufensystem der USA. Es besteht aus fünf Stufen. DEFCON 5 ist die niedrigste, d.h. »ruhige Lage« und reicht bis Stufe 1 »Beginn des Atomkriegs«. DEFCON 3 bedeutet Einsatzbereitschaft der Luftwaffe innerhalb von 15 Minuten, DEFCON 2 heißt »Bereitschaft zum Einsatz von Atomwaffen innerhalb von maximal sechs Stunden« (Anm. d. Übers.).

2 Die Doktrin besagt, dass auch nach einem atomaren Angriff die angegriffene Seite durch ihre sog. *Zweitschlagskapazität* den Angreifer noch in Schutt und Asche legen kann. Durch dieses »*Gleichgewicht des Schreckens*« soll die Führung eines Atomkrieges sinnlos gemacht werden (Anm. d. Übers.).

Allerdings verpflichten sich derzeit nur China und Indien in ihren Militärdoktrinen zur ausschließlichen Anwendung eines »Zweitschlags«. Im Gegensatz dazu sehen die USA und Russland nicht nur die Anwendung von Gegenschlag/Zweitschlag vor, sondern unter bestimmten Umständen auch den Einsatz von Kernwaffen in einem konventionellen Konflikt.

Rote Linien

Der Begriff der »roten Linie« ist Stellvertreterkriegen inhärent. Aber rote Linien sehen unterschiedlich aus. Normalerweise ist eine direkte militärische Konfrontation zwischen Atommächten unter ihrer eigenen Flagge auf dem Territorium eines Drittlandes tabu. Wenn eine der Nuklearmächte direkt und offen in einen regionalen Konflikt verwickelt ist und die andere direkt, aber verdeckt (wie die USA und die UdSSR im Korea- bzw. Vietnamkrieg), waren ihre Militärs nie unter ihrer eigenen Flagge in eine direkte militärische Konfrontation auf einem Schlachtfeld verwickelt. Auch in einer solchen militärischen Auseinandersetzung haben sie nie versucht, offensive Aktionen gegeneinander zu unternehmen. Im aktuellen Ukraine-Konflikt ist, wie bereits erwähnt, Russland direkt und offen involviert und Atomstaaten wie die USA, Frankreich und das Vereinigte Königreich indirekt. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die Streitkräfte einiger Atommächte unter bestimmten Umständen direkt, aber möglicherweise verdeckt in den Konflikt verwickelt sind.

Man muss jedoch berücksichtigen, dass im Gegensatz zu »taktischen« Stellvertreterkriegen an der »Peripherie«, Kuba 1962 Teil des strategischen Kalküls der USA war, so wie die Ukraine im Jahr 2022 Teil des strategischen Kalküls Russlands ist. Daher ist der Abstand zur roten Linie hier geringer. Im Fall des Ukraine-Konflikts bedeutet dies, dass Russland eine direkte und nicht-verdeckte, um nicht zu sagen direkte und offene Beteiligung von NATO-Truppen an Feindseligkeiten auf dem Territorium der Ukraine nicht akzeptieren würde. Alle anderen Formen der Unterstützung des militärischen Gegners Russlands sind von den USA und der NATO/EU bereits eingesetzt worden: politische, finanzielle und informationstechnologische Hilfe, massive Waffenlieferungen, Ausbildungsmissionen für ukrainische Truppen auf dem Gebiet mehrerer NATO-Mitglieder, nachrichtendienstliche Informationen und Zielerfassung für Lenkwaffen. Der roten Linie kommen auch zahlreiche öffentliche Äußerungen verschiedener führender Politiker im Westen auf gefährliche Weise nahe, wenn sie als Kriegsziel in diesem Stellvertreterkrieg eine Niederlage Russlands oder gar die Herbeiführung eines Regimewechsels nennen. Dies ist ein Aspekt, der in früheren Stellvertreterkriegen nicht Teil der Konfrontation zwischen rivalisierenden Atommächten war.

Außerdem wird die rote Linie durch den Einfluss moderner Militärtechnologien verwischt, wenn diese es einer Atommacht ermöglichen, der anderen einen nicht hinnehmbaren Schaden zuzufügen, indem sie Dritte mit konventionellen Waffensystemen für Präzisionsschläge mit großer Reichweite ausrüstet, oder mit militärischen Kommandoeinrichtungen auf dem Gebiet anderer Länder Unter-

stützung gewährt. Wie bereits erwähnt, haben die USA und die UdSSR in den Stellvertreterkriegen des Kalten Krieges keine Angriffswaffen gegeneinander eingesetzt. Heute könnten es Flugabwehrsysteme außerhalb der Ukraine sein, die russische Militärflugzeuge abschießen und andere Mittel, um z. B. eine Flugverbotszone einzurichten. Sollten die NATO-Staaten die Ukraine mit Raketen größerer Reichweite ausstatten und Kiew erlauben, damit Ziele auf dem russischen Territorium vor dem 24. Februar 2022 zu treffen, kann dies ebenfalls als ultimative Überschreitung der roten Linie betrachtet werden. Als Vergeltung könnte Moskau Ziele außerhalb der Ukraine mit seinen eigenen konventionellen Angriffssystemen treffen. Es ist unmöglich, die weitere Eskalationsleiter vorherzusehen.

Das Verhältnis Kiews zu Atomwaffen

Ein singuläres Merkmal der ukrainischen Krise zeigt sich auch darin, dass die Ukraine über eine reichhaltige Erfahrung mit Nukleartechnologien und einer Nuklearindustrie sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich verfügt, und als Teil der UdSSR einen beträchtlichen Bestand an strategischen und taktischen Kernwaffen auf ihrem Territorium beherbergte. Im Dezember 1994 unterzeichneten die Ukraine, Russland, das Vereinigte Königreich und die USA das *Budapester Memorandum* über Sicherheitsgarantien im Zusammenhang mit dem Beitritt der Ukraine zum Atomwaffensperrvertrag (November 1994). Bis Mitte 1996 wurden alle Kernwaffen aus der Ukraine nach Russland verlagert.

Am 19. Februar 2022 erklärte jedoch Präsident Selenskyj auf der Münchner Sicherheitskonferenz, dass er Konsultationen über das Memorandum eingeleitet habe, und falls diese keine Sicherheitsgarantien für die Ukraine enthielten, würden »alle Vereinbarungen des Pakets von 1994 in Frage gestellt«. ³ Am 6. Oktober 2022 sagte er, die NATO müsse die Möglichkeit eines Atomwaffeneinsatzes durch Russland verhindern: »Wichtig ist aber – ich wende mich wie vor dem 24. Februar deshalb an die Weltgemeinschaft – dass es Präventivschläge sind, damit sie wissen, was ihnen blüht, wenn sie sie anwenden. Nicht umgekehrt: Auf Schläge von Russland warten, um dann zu sagen: ›Ach du kommst mir so, dann bekommst du jetzt von uns‹.« ⁴

Am 7. Oktober erhöhte das Pentagon zum ersten Mal seit 1962 die DEFCON-Stufe in den USA auf 3 und in Europa auf 2.

Auch das Thema Massenvernichtungswaffen in der Ukraine kam auf, als Russland und China im März 2022 Kiew beschuldigten, über zahlreiche von den USA finanzierte biologische Labors zu verfügen, die mit der Entwicklung von

3 In der offiziellen englischen Version: »Ukraine will have every right to believe that the Budapest Memorandum is not working and all the package decisions of 1994 are in doubt.«
Quelle: Wortlaut der Rede Selenskyjs in Bundeszentrale für Politische Bildung, Ukraine Analyse 262, www.

4 Rede vor dem Lowy Institut, Sidney, 6. Okt., 2022. Quelle: Redaktionsnetzwerk Deutschland, 7.10.2022, www.

Komponenten biologischer Waffen beauftragt seien. Im Oktober 2022 beschuldigte Russland die Ukraine, Vorbereitungen für den Einsatz einer »schmutzigen« Atombombe getroffen zu haben, und forderte eine Untersuchung durch die *Internationale Atomenergiebehörde*.

Verhandlungslösung notwendig

Wie wir sehen, hat sich die Ukraine-Krise zu einem umfassenden Stellvertreterkrieg zwischen rivalisierenden Atomstaaten entwickelt. Die USA und das Vereinigte Königreich unterstützen die Ukraine militärisch und anderweitig so massiv, dass ihre indirekte Beteiligung an diesem militärischen Konflikt immer mehr in eine gefährliche Grauzone abgleitet. Die Wahrscheinlichkeit eines direkten unbeabsichtigten oder absichtlichen militärischen Zwischenfalls zwischen russischen und NATO-Streitkräften nimmt zu.

Die Bedeutung der nuklearen Dimension kommt bisher in intensivem Signalisieren über das Problem zum Ausdruck. Beide Seiten verdächtigen sich gegenseitig, Szenarien für einen begrenzten Atomkrieg zu entwickeln. Die USA und ihre Verbündeten beschuldigen Russland, den Einsatz taktischer Nuklearwaffen in der Ukraine zu planen, und Russland warnt die andere Seite vor drastischen Konsequenzen, falls NATO-Truppen einen Angriff auf russisches Territorium oder das Gebiet seiner Verbündeten unternehmen sollten. Das Gleiche gilt für ein Szenario, in dem NATO-Truppen unter eigener Flagge oder verdeckt auf dem Gebiet der Ukraine stationiert werden. Dann wäre ein konventioneller militärischer Zusammenstoß zwischen russischen und NATO-Streitkräften mit schwerwiegenden Folgen fast unvermeidlich.

Außerdem nimmt Russland wegen der modernen Technologien die Beteiligung rivalisierender Nuklearmächte an dem Konflikt de facto als zunehmend direkt, wenn auch bisher verdeckt wahr. Obwohl es in der Ukraine im Gegensatz zur Kuba-Krise bisher keine Atomwaffen gibt, steigt das Risiko, dass sich dieser Stellvertreterkrieg zu einer Kuba-Krise 2.0 ausweitet.

Andere Aspekte, die mit dem Thema Massenvernichtungswaffen zusammenhängen, komplizieren das Bild. So könnte die hochgradig angespannte Situation außer Kontrolle geraten und katastrophale Folgen haben. Unter diesen Umständen ist die Rückkehr zum Verhandlungsweg, den Kiew im April 2022 verlassen hat, zwingend notwendig. Der Einstieg wäre die Erklärung eines bedingungslosen Waffenstillstands, auf den der Beginn eines multilateralen politischen Prozesses folgen könnte, der auf eine endgültige Friedensregelung abzielt. Sie müsste sowohl der Ukraine als auch Russland Sicherheitsgarantien bieten, oder zumindest dazu führen, den Stellvertreterkrieg in einen eingefrorenen Konflikt (z. B. mit einer UN-Friedensmission entlang der Kontaktlinie) zu verwandeln, um ihn so lange stabil zu halten, bis es wieder Hoffnung auf eine dauerhafte Friedensregelung gibt.

Aus dem Englischen von Peter Wahl